

Die Weltrevolution hat begonnen

Es sind die Bürger, die das Leistungsprinzip durchsetzen werden - gegen die Ego-Fetischisten in manchen Banken, Vorständen und an den Börsen



Es ist keine zwei Wochen her, da saß ich im muffigen Abteil eines hoffnungslos verspäteten Intercity, der quer durch eine nasskalte Nacht zurück von Berlin nach Hamburg fuhr, und fragte mich unentwegt, ob der Mann neben mir ein Rechter oder ein Linker sei, ein Revoluzzer oder ein Konservativer, ein Bewahrer oder doch ein Umstürzler. Er war um die siebzig, pensionierter Richter des Hamburgischen Obergerichtes, las täglich die FAZ und besaß ein kleines (halb ererbtes) Haus im gutbürgerlichen Hamburger Stadtteil Aumühle, dessen Garten seit seiner Pensionierung zu seiner großen Leidenschaft geworden war. Zusammen mit seiner freundlichen Frau (die allezeit fürchtete, den rechtzeitigen Moment zum Ausstieg in Hamburg-Bergedorf zu verpassen) hatte er in den Tagen zuvor die Frauenkirche in Dresden besucht. Nahezu empört zeigte er mir einen Katalog der Ausstellung und beklagte sich über einige seines Erachtens viel zu moderne Kunstwerke, die dort zu sehen seien. Diese seien „unentschlüsselbar“ und also eine Zumutung, befand er apodiktisch. Dann geschah das, was in diesen Tagen unvermeidbar ist: Wir sprachen über die so genannte Finanzkrise. Er schüttelte den Kopf und sagte, er wundere sich darüber, dass die Bürger so ruhig blieben. Nein, er sagte nicht: die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, das Volk, die Arbeitslosen. Er sagte: die Bürger.

Wie könne es denn sein, dass ein paar Manager, ein paar Banker und ein paar Schreihälse an den Börsen Millionen und Abermillionen verdienen und dabei zugleich Familien und Menschenleben vernichteten, ohne dass „die Bürger“ sich wehrten? Und warum eigentlich werde seit Jahren in einer Art elitärer Zwangneurose alles privatisiert, was der Gemeinschaft diene und ihr deswegen auch gehöre? „Ich bin konservativ“, sagte der Richter. „Deswegen bin ich der Meinung, dass der Staat für die Daseinsvorsorge zuständig ist, also für Energie- und Wasserversorgung, Gesundheitssystem und zum Beispiel auch für die Eisenbahn.“

Konservativ hörte sich das nicht an. Dieser Begriff der „Daseinsvorsorge“ war doch kurz vor dem Ende des Schreihals-Kapitalismus nur noch eine von hoffnungslos gestrigen Gewerkschaftern benutzte Wendung gewesen. Man hatte doch seit Mitte der 90er diese Übriggebliebenen einfach reden lassen – und

derweil städtische Elektrizitätswerke, Krankenhäuser, ja sogar die Gebäude, in denen die Regierungen und ihre Behörden selbst arbeiten, an Private verscherbelt, an börsennotierte Unternehmen oder (wie der Hamburger Senat es mit den Immobilien der hanseatischen Bürger tat) an Heuschreckenfonds, Töchter irgendwelcher französischer oder amerikanischer Banken.

Tatsächlich waren es ja mehr noch die angeblich Konservativen, die die Ideale der bürgerlichen Gesellschaft und der solidarischen Gemeinschaft an den Schwarm gieriger Geldgeier verfüttert haben und die soziale Marktwirtschaft damit in Richtung des Spätkapitalismus verhunzten, den Uropa Marx immer beschrieben hat. In Hamburg hat Ole von Beusts CDU (zusammen mit FDP und Schill) die Elektrizitätswerke verhökert, die Hälfte der städtischen Immobilien an Fonds verjuxt und die Krankenhäuser an ein Unternehmen verkauft, das den Börsengang plante – womit die Gesundheit von uns Bürgern fortan davon abhängen würde, ob es für das Unternehmen billiger oder teurer wäre, uns sterben zu lassen. Das ist CDU-Politik gewesen. Wobei sich mein Gegenüber fragte, wofür dabei das C stehe. Mittlerweile, auch das noch, gehören zudem 49 Prozent mancher Zugstrecken und Dutzende von U-Bahnwagen in und um Hamburg irgendwelchen undurchsichtigen Kapitalgesellschaften. Da will man gar nicht wissen, wie viele Instandsetzungen und technische Inspektionen man sich bei den Heuschrecken zugunsten der Dividende spart (Großbritannien hat uns das Problem längst offenbart). Die Frage lautet bei diesen Strukturen, durch und durch rational: Ist es billiger, ein paar hundert Kunden bei einer Entgleisung zu verlieren oder das Schienennetz zu erneuern?

All das sah der Richter und konnte es nicht entschlüsseln (während seine Frau immer wieder erinnerte, es sei Zeit aufzustehen und die Koffer zu lupfen, kaum mehr 30 Minuten bis Bergedorf!). Das, was die Merz-CDU, die Westerwelle-FDP, was die Ackermanns und all die anderen Management-Millionäre aus dieser Weltgesellschaft seit Ende des Systemgegensatzes gemacht haben, blieb für meinen Gartenliebhaber aus Aumühle unentschlüsselbar wie manches moderne Kunstwerk in der Dresdner Frauenkirche.

In Wahrheit ist das, was seit 1990 mit unserer Wirtschaft passiert ist, für beinahe jeden Bürger unentschlüsselbar. Wer etwas leistet, einer der fleißig ist oder klug, geschickt, fähig und engagiert – so einer soll etwas verdienen. Leistung soll sich lohnen. Und wer nichts leisten kann, weil er alt ist oder krank (oder von Gott mit nur wenigen Fähigkeiten versehen), der soll von allen unterstützt werden. Das war der bürgerliche Vertrag der sozialen Marktwirtschaft. Nun aber werden diejenigen, die für uns alle unentschlüsselbare Zeichen im Börsen-TV von sich geben und von anderen erarbeitetes Geld hin und herschieben, fürstlich bezahlt und bei Kündigung mit Millionen nach Hause geschickt, während der mittelständische Handwerker keinen Kredit mehr bekommt und man denjenigen, der 35 Jahre geschuftet hat und (vielleicht wegen der Börsianer) gefeuert wurde, nach einem Jahr auf Hartz IV setzt. Den Sozialschmarotzern unten, die auf Kosten der Gemeinschaft gefaulenzt haben, hat man es seit Jahren mit großer populis-

tischer Geste gezeigt. Die Sozialschmarotzer oben dagegen haben bis jetzt die Welt regiert. Dabei kostet ein mittlerer Sozialschmarotzer da oben die Gemeinschaft soviel wie 10.000 Sozialhilfebetrüger zusammen. Das jedenfalls befand mein Richter.

Irgendwann hievte ich dem konservativen Revoluzzer dann doch den Koffer aus dem Gepäcknetz, verabschiedete mich freundlich (und war fast geneigt ihm ein „no pasarán“ hinterher zurufen).

Heute, ein paar Tage später, weiß ich, dass Deutschland das Land ist, in dem sich die Einkommen zwischen Arm und Reich in ganz Europa am schärfsten auseinander entwickelt haben. Ich weiß auch, dass wir nach der jüngsten Regierungsstudie ein Land sind, in dem mit Studiengebühren immer mehr Arbeiterkinder von den Unis ferngehalten werden. (Schon vorher wusste ich, dass die viel zitierte gesellschaftliche Durchlässigkeit und das Leistungsprinzip hierzulande eine Farce sind – Untersuchungen belegen, dass die Mehrheit der Vorstände von DAX-Unternehmen mit früheren Vorständen von DAX-Unternehmen verwandt, verschwägert oder über Generationen familienbefreundet sind). Ein Land mit rasant wachsender Kinderarmut und (dank der SPD-Rente mit 67 bald noch weiter) wachsender Altersarmut. All das ist angesichts der Summen, die mancher Manager und Finanzjongleur kassiert, zutiefst unchristlich und dabei auch: zutiefst unbürgerlich. Was wir erlebten, war eine Refeudalisierung der bürgerlichen Gesellschaft, das Entstehen einer Geld-Aristokratie, die unfassbare Vermögen auf Kosten der arbeitenden Bürger anhäuften. Nun aber hat sich offenbar auch dieser (Banker- und Börsianer-)Adel durch Dekadenz gleichsam selbst gestürzt.

Was kürzlich noch Finanzkrise hieß, das habe ich aus den Worten meines Richters geschlossen, ist zu einer veritablen Weltrevolution geworden. Jedenfalls, wenn man den Begriff wörtlich nimmt – also als den Versuch einer Zurückwälzung, einer Art Rolle rückwärts in einen besseren, nur scheinbar unwiederbringlichen Zustand unserer Gesellschaft.

Der Kapitalismus hat so irrwitzige Purzelbäume geschlagen, dass ihn jetzt nur noch eines vor dem Harakiri bewahren kann: ein gesunder Konservatismus, ein radikales Zurück zu den Tugenden einer wirklichen Leistungsgesellschaft, eine Wiedergeburt der „sozialen Marktwirtschaft“. Durch das zeitgleiche Ende von Rheinischem Kapitalismus und Honeckers Stasisozialismus ist ein (für den Osten leidvolles und für den Westen segensreiches) Gleichgewicht zerfallen, die Dialektik zerbröselt, in Ermangelung der Antithese hat sich die These nun selbst verzehrt, das angebliche Ende der Geschichte ist zum Anfang einer Entmenschlichung der Ökonomie geworden. Da gibt es nur noch einen Ausweg: Kompanie halt! Und: Zurück, marsch, marsch.

Und dieses Zurück beginnt jetzt. Mit einer Revolution ganz ohne pöbelnde Proleten, brennende Barrikaden oder sirrend niedersausende Guillotinen. Wir ver-

staatlichen derzeit einfach innerhalb einer Woche weite Teile des Bankensektor, vielleicht steigt der Staat demnächst in Europa gar in die Schlüsselindustrien ein (wie es die Franzosen wollen) - während die Markt-Radikalinskis, die den Staat, der uns dieser Tage vor dem Untergang gerettet hat, gerade noch auf dem Grabbeltisch der Geschichte verramschen wollten, sich selbst als das enttarnen, was sie in Wahrheit sind: Fetischisten eines frivolen Egoismus.

Dadurch, dass die Staaten derzeit die Wirtschaft retten, wird sich die Politik langfristig wohl auch einen Teil ihrer verloren geglaubten Macht gegenüber den großen Unternehmen zurückholen, mithin: Es besteht die Chance, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse künftig wieder stärker von demokratisch legitimierten Regierungen gestaltet werden - und nicht mehr in erster Linie von Großunternehmen oder Wirtschaftsverbänden. Das Primat der Politik könnte eine kaum noch erwartete Wiedergeburt erleben.

Wenn dieses Wiedererstarken des Staates gegen die Ausbeuter und die Unverantwortlichen, die sich nichts und niemandem verpflichtet fühlen, eine Revolution ist, dann ist es eine Revolution für den Anstand, für den Wert ehrlicher Arbeit - und gegen eine die Gesellschaft zersetzende Gier. Eine Revolution für ein, im Sinne meines Richters, „entschlüsselbares“ Leistungsprinzip – und gegen die Sozialschmarotzerei der Geldgeier. Damit wäre es nicht nur eine Revolution für christliche Werte, sondern zugleich eine zutiefst bürgerliche Revolution.